

Ja zur Ecopop-Initiative – selbstverständlich!



Rudolf Keller,
e. Nationalrat,
Frenkendorf

Aufsehenerregendes tut sich im Land! Alles diskutiert während Wochen über Geri Müllers anstössige «Sexbildli», als ob man keine anderen Probleme hätte. Die Diskussion über die Einwanderungspolitik hält man auf möglichst kleinem Feuer, damit «die dumme Bevölkerung» nicht merken soll, was effektiv passiert. Einzig die SVP – selbst ernannte Partei gegen die Masseneinwanderung – übertrifft sich selbst. Ja, wir lesen richtig, die SVP empfiehlt die Nein-Parole zur nächsten Einwanderungsabstimmung. Das ist typisch für die SVP, denn sie hat ja ihre Masseneinwanderungsinitiative mit Millionen-

POSTCODE

AZB 3001 Bern

aufwand durchgebracht. Nun gönnt man der Ecopop-Initiative nicht auch noch einen Erfolg, zumal diese Initiative griffiger als die SVP-Initiative ist. Der vom Volk angenommene Masseneinwanderungsinitiativtext der SVP tönt zwar gut. Aber noch niemand hat zu definieren versucht, was

Kontingente überhaupt sind und bewirken. Man kann Kontingente nämlich auch so ansetzen, dass fast nichts passiert – dass also die Einwanderung fast wie bisher weiterläuft! Sie war also eher harmlos, die SVP-Initiative. Demgegenüber hat die Ecopop-Initiative viel mehr «Fleisch am Knochen». Ja, sie ist eine wirklich gute Ergänzung zur bereits angenehmen Volksinitiative. Hier sind die wichtigsten Passagen des Initiativtextes, über den wir Ende November abstimmen (Bundesverfassung Artikel 73a neu):

Die Ecopop-Initiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» verlangt, dass die jährliche Nettozuwanderung, also Einwanderer minus Auswanderer, auf 0,2 Prozent der ständigen Wohnbevölkerung begrenzt wird. Dies entspricht einem Bevölkerungswachstum von 16'000 Personen im Jahr. Zum Vergleich: In den vergangenen Jahren betrug das Bevölkerungswachstum bis zu 110'000 Personen.

Vorgesehen ist eine Übergangsphase: Im ersten Jahr nach Annahme der Initiative dürften 0,6 Prozent, im zweiten noch 0,4 Prozent einwandern. Damit wird der Übergang erleichtert und Anpassungen in den internationalen Verträgen mehr Zeit gegeben.

Die Initianten haben erkannt, dass unser Land, bezogen auf den vorhandenen Wohn- und Lebensraum, bereits heute sehr stark überbevölkert ist. Wir stehen in Europa an der Spitze der Bevölke-



Die Überbevölkerung legt zunehmend auch die Verkehrsinfrastrukturen lahm.

Spendenaufruf

Liebe Gesinnungsfreunde

Ein politisch turbulenter Herbst steht uns bevor. Am 30. November 2014 stimmt das Schweizer Volk über die Ecopop-Initiative ab. Die Schweizer Demokraten (SD) befürworten diese Initiative als einzige Partei und lancieren hiermit die entsprechende Abstimmungskampagne. Nur mit diesem Begehren lässt sich die Einwanderung drastisch beschränken. Dieser «Kampf» fordert jedoch auch unsere Ressourcen aufs Äusserste heraus, sodass wir dringend auf Ihre finanzielle Unterstützung angewiesen sind! Nur mit Ihrer Spende, ob Gross oder Klein, ermöglichen Sie den SD, sich politisch zum Wohl unserer Schweiz einzusetzen.

Ihre SD-Parteileitung

rungsdichte pro Quadratkilometer bewohnbarer Fläche. Wir alle erleben das ja jeden Tag. Wo wir auch sind, überall sind wir von immer mehr Menschen umgeben, die uns in der Bewegungsfreiheit einschränken und bedrängen.

Mit Lügen gegen die Initiative!

Nun wird von den Gegnern wieder einmal das Blaue vom Himmel heruntergelogen. Es wird behauptet,

Fortsetzung Seite 2

Gemäss den neuen Parteistatuten findet am 25. Oktober 2014 im Restaurant «Dietiker» in Suhr (siehe auch Veranstaltungshinweise auf Seite 5) die erste schweizerische Mitgliederversammlung statt. Sämtliche SD-Mitglieder sind herzlich eingeladen. Die Parteileitung freut sich auf Sie.

Ja zur Ecopop-Initiative – selbstverständlich!

Fortsetzung von Seite 1

tet, dass keine Einwanderung mehr möglich wäre und das wiederum bedeute den Niedergang unseres Landes. Dann kommen die bekannten Negativargumente, mit denen man den Leuten Angst einjagt, also Arbeitslosigkeit, AHV-Zusammenbruch und all diese weiteren frei erfundenen Märchen, die dem Volk vor die Futterkrippe geworfen werden. Da muss man ja Angst bekommen und Nein stimmen. Wenn man den Initiativtext aber liest, dann sieht das ganz anders aus:

Jährlich verlassen rund 75'000 Ausländer freiwillig unser Land – im gleichen Zeitraum können aber gemäss Initiative noch immer 91'000 Menschen einwandern. Das heisst also im Klartext: Mit der Initiative wird die Einwanderung etwas gebremst, aber es kommen noch immer mehr Ausländer, als unser Land verlassen! Wer etwas anderes behauptet, der lügt!

Deshalb dürfen wir die Ecopop-Initiative auch als harmlose Initiative einstufen. Aber sie ist wichtig und zeigt in die richtige Richtung! Unser Land braucht dringend konkrete Taten, um die Einwanderung und damit die Übervölkerung zu bremsen. Alles was in diese Richtung zielt, ist in unseren Augen unterstützungswürdig.

Der Übervölkerungsdruck nimmt zu

Noch vor drei Jahrzehnten haben wir den Professor Francesco Knechaurek belächelt, als er von einer Schweiz mit 10 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern schrieb. Das war für die meisten

Leute undenkbar. Inzwischen ist dieses Szenario realistisch geworden, und zwar so ganz nach dem Motto «gebt uns dreissig Jahre Zeit und ihr werdet das Land nicht wiedererkennen». Die Vereinigung Ecopop schreibt dazu auf ihrer Homepage: **Am Wachstum der Siedlungsfläche war das Bevölkerungswachstum von 1965 bis 1982 zu 18%, von 1982 bis 1994 zu 72%, und von 1994 bis 2006 zu 77% beteiligt. Seit der vollen Personenfreizügigkeit im Jahr 2007 kennen wir keine aktuellere Arealstatistik, aber der Anteil dürfte deutlich über 80% liegen. Salopp gesagt haben sich unsere Eltern und Grosseletern grössere Wohnungen gebaut, heute bauen wir primär für die Zuwanderung.** Immer mehr Leute wohnen, arbeiten und leben näher beieinander. Der Dichtestress nimmt damit laufend zu. Und dies wiederum wird uns in den kommenden Jahrzehnten sehr viele soziale, psychische, finanzielle und gesellschaftliche Probleme bringen. Die Kriminalität nimmt zu. Man hat das Gefühl, sich gegenseitig auf den Füssen herumzutrapeln usw. usw. Das ist eine endlose Negativspirale, die sich für unser Land abzeichnet. Und dem kann nur mit einem Ja zur Ecopop-Initiative begegnet werden.

Wir wissen, dass die Übervölkerung unseres Landes einzig und allein wegen der Einwanderungspolitik stetig zunimmt – es ist eine tickende Zeitbombe.

Die Zubetonierung unserer Heimat

Diese muss dringend gebremst werden. Städte und Dörfer platzen immer mehr aus allen Nähten. Wir müssen deswegen eine laufend

grösser werdende Infrastruktur auf- und ausbauen. Zunehmend werden wir zum Hochhausland. In den Städten ist ein wahrer Wettbewerb darüber entstanden, welche Stadt nun den grössten Bau aufstellt. Zürich war diesbezüglich führend, nun gibt Basel Gas und überholt die Zürcher. Und bald werden wohl die Berner und Genfer auf der Überholspur nachziehen. Das ist eine schon fast krankhafte Entwicklung! Wir werden immer mehr zu einem Skyline-Land verkommen. In diesen riesigen Hochhäusern kennt derjenige im 15. Stock diejenige im 16. Stock nicht mehr. Alles wird anonym. Die Leute vereinsamen. Dabei geht unsere Kultur, unsere Sprache, unser schweizerischer Lebensstil zusehends vor die Hunde. Faktisch heisst das: **Unser Land wird kaputtbetoniert! Und das führt dann dazu, dass die Grünen und die Bauern Volksinitiativen lancieren, um unsere Nahrungsmittel- und Lebensversorgung aus eigener Scholle wieder zu stärken. Bis solche Initiativen umgesetzt sind, ist unser Land jedoch längst zu Tode gebaut!** Ecopop schreibt dazu, dass es mit ihrer Initiative darum gehe, «die Bevölkerungszahl so zu organisieren, dass die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen gewährleistet ist». Das ist im Klartext unser SD-Programm in Reinkultur – so wie wir es als Partei seit Jahrzehnten verfolgen.

Die internationale Dimension

Nun schrieben die Initianten auch noch etwas zur Steuerung der internationalen Bevölkerungsentwicklung in den Initiativtext. Die Schweiz sei gehalten, im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit auf ausländische Regierungen in Richtung Eindämmung des Bevölkerungswach-

tums einzuwirken. Familienplanung ist hier das Stichwort. **Wenn man die Geburtenrate in manchen Ländern sieht, wäre das ja wirklich sehr dringlich!** Das wird jetzt heftig von allen Seiten her kritisiert. Aber seien wir ehrlich – das ist gar nicht so dumm.

Irgendetwas muss geschehen auf dieser Welt, wenn das Bevölkerungswachstum dereinst nicht vollends explodieren soll. Je mehr Bevölkerungswachstum in den anderen Ländern, umso mehr Einwanderung haben wir in der Schweiz, weil die Leute vor ihrer real schlechten Situation dorthin fliehen, wo das Leben in ihren Augen noch lebenswert ist – also zu uns und ins restliche Europa.

Es kann nun wahrlich kein Grund sein, diese Volksinitiative deswegen abzulehnen. Ich glaube aber, dass Parteien wie die SVP, die FDP, die CVP und die SP wegen dem Geschäft, das ihnen aufgrund der Initiative verloren gehen könnte, zu einer Nein-Parole aufrufen. Sie zeigen damit aber auch, dass sie nicht gegen die Einwanderung kämpfen wollen.

Deshalb rufen wir alle auf, gemäss unserem SD-Parteiprogramm Werbung für diese Volksinitiative zu betreiben. Sie kommt am 30. November 2014 vors Volk. Ein Ja dazu – und das dann kombiniert mit der bereits angenommenen Masseneinwanderungsinitiative – bringt uns effektiv einen Schritt weiter. Und vielleicht muss dann auch dieses elendige Freizügigkeitsabkommen mit der EU gekündigt werden! Zu diesem Thema haben uns die Politikerinnen und Politiker ja auch angelogen – wie wir heute wissen!

Schweizerische Identität unter Beschuss

Lesen Sie die diesjährige 1.-August-Rede von Adrian Pulver (Teil 1)

Sehr geehrte Parteikolleginnen und Parteikollegen

Sehr geehrte Schweizerinnen und Schweizer

Sehr geehrte Damen und Herren

Momentan erleben wir wahrhaftig turbulente Zeiten. Die Schweiz ist einem immensen politischen



Zentralsekretär Adrian Pulver bei seiner Rede anlässlich der diesjährigen 1.-August-Feier in Kastanienbaum (LU).

Druck ausgesetzt. Dieser stammt jedoch nicht nur aus dem Ausland. Seit jeher vertreten die politischen Akteure die Interessen unseres Landes bei Verhandlungen mit ausländischen Verantwortlichen nicht einheitlich. Die Debatte zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative beweist diese Tatsache nur zu deutlich. Das Landesgefüge und nicht zuletzt der Souverän, das Volk, wird hiermit zusehends geschwächt. In anderen Staaten führt man jeweils interne Diskussionen, **um danach nach aussen geeint zu entscheiden.**

Während anderswo ein Nationalfeiertag als grosses Ereignis zur Stärkung der Gemeinschaft gewürdigt wird, ist dies bei uns der Moment für Fragen zur eigenen Existenzberechtigung.

Natürlich hinterfragten seiner Zeit beispielsweise die Jungsozialisten den 1. August als solches. Dieser sollte doch durch den 12. September 1848 ersetzt werden. An diesem Tag wurde bekanntlich die erste bundesstaatliche Verfassung ins Leben gerufen. Der Rütli-schwur war lediglich ein Bündnis zur Sicherung des Besitzes, hiess es seitens der Juso. Dabei profitierte nur der Adel und allenfalls noch der Klerus, wogegen die einfachen Bürger nicht berücksichtigt wurden und in ihrer Armut verblieben. Diese Aussagen greifen zu kurz. Im Mittelalter fand man in Westeuropa nirgends andere gesellschaftliche Strukturen. **Eine Diskussion über neuzeitliche Demokratie und Klassenkampf ist hier völlig fehl am Platz und ignoriert die damalige Realität.** Viele Länder sind in diesen Epochen zuerst im Kleinen entstanden und haben sich danach langfristig bis in die letzten Jahrhunderte vergrössert. Des Weiteren möchte die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft einen neuen Text für die Nationalhymne mittels Wettbewerb verfassen lassen. Die Hymne müsse zeitgemässer, moderner erscheinen. **Einen anderen Willen ausser systematischem Identitätsabbau kann ich darin nicht erkennen.** Wir Schweizer Demokraten verurteilen auch dieses Vorhaben aufs Schärfste.

Wenigstens eine Landeshymne sollte nicht auch noch internationalistisches Gedankengut enthalten.

Letztlich zitieren die Medien in diesen Tagen einmal mehr die Jungsozialisten. Ihr neuer Präsident, Fabian Molina, ruft dazu auf, am 1. August keine Schweizer Fahnen aufzuhängen. Zurzeit wird die ganze Welt von Kriegen heimgesucht, was auf Nationalismus und der damit verbundenen Militarisierung zurückzuführen sei. Besser wäre es daher, eine Friedensflagge zu hiessen. Da interpretiert Molina jedoch die Definition von «Nationalismus» auf einseitige Weise. **Vor allem das Gegenteil, der Globalismus, kreierte doch die Auseinandersetzungen auf unse-**



Flagge zeigen, jedoch nicht nur am 1. August!

rem Erdball. Allenfalls müsste er das nationalistisch-chauvinistische Gebaren einiger Grossmächte anprangern. Diese wollen nämlich, teilweise mit vereinigten Bündnissen wie der EU oder der Nato, ganze Kontinente oder gar die ganze Welt kontrollieren. Was ist an unserem Nationalismus zu kritisieren?!

Das Schweizer Volk ist, quantitativ betrachtet, von bescheidener Grösse und verliert mit einer immer stärker zunehmenden Multikultur seine ursprüngliche Identität.

Das Recht auf eigene Kultur, Sitten, Bräuche und Traditionen hat rein gar nichts mit der Diskriminierung anderer Nationalitäten und Religionen zu tun. Zudem liegt der springende Punkt bei der politischen Neutralität, welche wiederum von den rot-grünen Kreisen selbst missachtet wird. **Wirtschaftliche und soziale Stabilität steht und fällt mit einem starken Selbstverständnis eines Landes mit seinen Regionen. Der schweizerische Föderalismus mit den ausgeprägten Volksrechten bildet dabei das Fundament.**

Die Demagogen der Bildungselite

Doch woher kommt diese Denkweise, welche Patriotismus mit Rassismus und antidemokratischen Tendenzen, sogar mit Nazismus, gleichsetzt? Wer predigt ideologischen Humanismus und betrachtet eine nationalstaatliche Zugehörigkeit der Menschen als historisch belanglos? **Aus der 68er-Bewegung, hauptsächlich Studenten, entstand eine spätere Bildungselite, welche bereits**

Gymnasiasten erfolgreich infiltrierte. Diese akademischen Hege-monen beherrschen nebst weiten Teilen der Politik auch das Sozialwesen, das Staatswesen, die Medienlandschaft, die Kultur und wie bereits angesprochen, die Ausbildung auf Stufe Gymnasium respektive Universität und Fachhochschulen bestimmter Ausrichtungen. Sozialdemokraten und Grüne haben fast ausschliesslich berufliche Höchstqualifikationen. Auch bürgerlich-liberale Politiker besitzen einen adäquaten Abschluss, wobei hier vielmehr die internationale Vernetzung der Wirtschaft das tragende Argument gegen national-konservative Prinzipien darstellt.

Einzig die Schweizer Demokraten sprechen sich sowohl gegen die wirtschaftliche als auch gegen die politische Globalisierung aus.

Die linken Gegner solcher Entwicklungen sucht man vergebens. Trotz Demokratieabbau propagieren sie den EU-Beitritt.

Wachstumswahn schadet den Bergregionen

Allgemein vertreten die Schweizer Demokraten eine wachstumskritische Politik, welche alle anderen Parteien als unrealistisch bezeichnen. **Jedes Jahr wird in der Schweiz pro Sekunde ein Quadratmeter Fläche zubetoniert.** Eine notwendige Verschärfung im Zusammenhang mit der Lex Koller wurde in den vergangenen zwei Monaten aufgrund der bürgerlichen Dominanz (einschliesslich SVP) im Ständerat abgelehnt. **In wirtschaftsliberaler Manier soll al-**

so die Spekulation weiterhin die Immobilienpreise und somit auch die Geschäftsmieten hochhalten.

FDP, CVP und SVP plädierten bereits vor Jahrzehnten für eine Lockerung der Einschränkung des Grundstückerwerbs durch ausländische Staatsbürger.

Dieselben Vertreter verteidigen ebenfalls die Pauschalbesteuerung reicher Ausländer wie die Löwin ihre Jungen. Politische Platzhirsche der Gebirgskantone zersiedeln und verschandeln diesen empfindlichen Lebensraum, gefährden die lokale Landwirtschaft, vertreiben die Einheimischen mithilfe hoher Preise und Mieten und nennen das Ganze dann Standortwettbewerb.

Gerade erfolgreicher alpiner Tourismus ist letztendlich von der Präsentation als einzigartiges Gastland abhängig. Die Attraktivität liegt in der Identität.

Wenn ich plötzlich in der Lenzerheide im Kanton Graubünden anstelle von Capuns und Pizokels «Black Tiger Crevetten» und Calamares bekomme, **so hat dies mit dem Schutz von lokalen Traditionen wenig zu tun und befriedigt nämlich auch die Touristen nicht.**

Statt sanfter nachhaltiger Entwicklung und Investitionen in die vorhandene Infrastruktur entstehen Quartiere von Zweitwohnungen, welche während 10 bis 11 Monaten im Jahr unbewohnt sind.

Etliche Umsetzungsvorschläge zur angenommenen Volksinitiative sind bei Weitem zu grosszügig. Ein weiterer wichtiger Volksentscheid betrifft das Raumplanungsgesetz mit der Reduzierung von Einzonungen mittels Mehrwertabgabe. Mitglieder kantonaler Behörden äusserten grösste Bedenken. Der Markt solle doch frei funktionieren können. Hier sieht man nur wieder die Ehrlichkeit mancher Politiker. **Wörter wie «Übervölkerung» und «Verbetonierung» wurden auf listige Weise als Modebegriffe missbraucht.** Wenn es sich dann obendrein noch um ein Anliegen zur Beschränkung der Zuwanderung handelt, so muss ein solches Verhalten erst recht verurteilt werden.

Fortsetzung in der nächsten Ausgabe

Mehr Identität mittels Förderung von traditionellen Gasthöfen mit Schweizer Küche. Ja zur Volksinitiative «Schluss mit der MwSt.-Diskriminierung des Gastgewerbes»!

Parolen zum Urnengang vom 28. September 2014

Der Zentralvorstand der Schweizer Demokraten (SD) hat folgende Parolen für die eidgenössischen Abstimmungen vom 28. September 2014 beschlossen:

Ja zur Volksinitiative «Schluss mit der MwSt.-Diskriminierung des Gastgewerbes!»

Die Initiative fordert für das Gastgewerbe mit Direktverzehr vor Ort eine Reduktion des Mehrwertsteuersatzes von 8% auf 2,5%. Der Detailhandel oder Imbissstände mit Mitnahmemöglichkeit («Take away») profitieren bereits heute von einem tieferen Satz, wobei Alkohol und Raucherwaren weiterhin voll besteuert werden sollen. Dabei ist vor allem die bevorzugte Behandlung von «Take away»-Gaststätten zu kritisieren.

«Take aways» verursachen mit der Verwendung von Wegwerfgeschirr ein Mehrfaches an Abfall. Danach wird der Steuerzahler selbst für die Reinigung des öffentlichen Raums zur Kasse gebeten.

Des Weiteren entstehen zugunsten bestimmter Imbissbuden wie Kebabstände oder auch asiatischen Angeboten entscheidende Marktanteile, welche eine Verdrängung traditioneller Gasthöfe mit einheimischer Küche zur Folge haben.

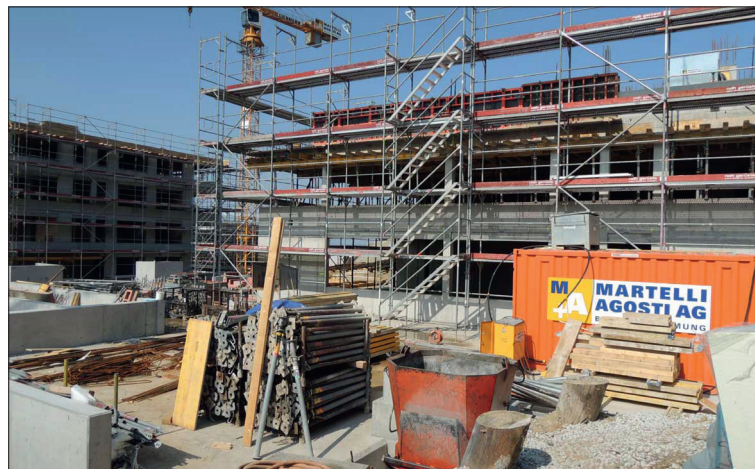
Die mit der geforderten Massnahme verbundenen Einnahmeausfälle sind mittels Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes bei «Take away»-Betrieben zu kompensieren.

Ohnehin schmälert beispielsweise auch die Pauschalbesteuerung rei-

cher Ausländer die Erträge des Fiskus auf erhebliche Weise. Für die Schweizer Demokraten (SD) hat diese Vorlage den Charakter von punktueller und nachhaltiger Wirtschaftsförderung, zumal gerade in ländlichen strukturschwachen Regionen Arbeitsplätze erhalten werden können und dank der finanziellen Entlastung angemessene Mindestlöhne möglich sind. Deshalb haben die SD zur Vorlage einstimmig die Ja-Parole beschlossen.

Stimmfreigabe zur Volksinitiative «Für eine öffentliche Krankenkasse»

Einerseits wird mit der Vielzahl an privaten Krankenversicherungen ein irrealer Wettbewerb veranstaltet. Im Rahmen der obligatorischen Grundversicherung verpflichtet sich jeder Anbieter, mit dem entsprechenden Kunden einen Vertrag abzuschliessen. Dennoch will man mit versteckten und intransparenten Regelungen potenzielle Risikopatienten fernhalten. Alleine diese Tatsache rechtfertigt eine grundlegende Systemänderung, zumal die Leistungen der Grundversicherung bei sämtlichen Krankenkassen identisch sind. Andererseits müssten die zahlreichen Anbieter in einer Kasse vereinheitlicht werden. Es erscheint wenig realistisch, dass dieser Systemwechsel in der Praxis ohne massiven Stellenabbau zu realisieren ist. Des Weiteren könnte man die Leistungen bei einem einzigen Versicherer nicht mehr ohne Prämienhöhung erweitern, sodass neue medizinische Erkenntnisse (unter anderem Komplementärmedizin) teilweise nur noch in der freiwilligen Zusatzversicherung angeboten würden. Diesen Leistungsabbau bekämen vor-



Die Verbetonierung schreitet rasend voran. Bremsen wir das Bevölkerungswachstum, bevor es zu spät ist!

allem finanziell schwächere Versicherungsnehmer zu spüren. Für die Schweizer Demokraten (SD) stellen die demografische Entwicklung (immer mehr Pflegebedürftige) und die Bevölkerungszunahme die Hauptsachen des ungebremsten Prämienanstiegs dar.

Mit einkommensabhängigen Gesundheitskosten wäre jedoch eine Drosselung möglich.

Die SD geben aus obgenannten Gründen keine Parole heraus und empfehlen Stimmfreigabe.

Eidgenössische Abstimmungen vom 30. November 2014:

Ja zur Volksinitiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen»

Die Annahme der sogenannten Ecopop-Initiative hat für die Schweizer Demokraten (SD) oberste Priorität. Jedes Jahr wandern etwa 80'000 Personen in die Schweiz ein. Ende 2013 verzeichnete man sogar eine Zunahme der Gesamtbevölkerung von 1,3% (seit 2008 der höchste Wert). Im Februar sprach sich das Schweizer Stimmmolk für die Masseneinwanderungsinitiative, welche die Festlegung von jährlichen Höchstzahlen verlangt, aus.

In Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs könnten Kontingente gemäss der Masseneinwanderungsinitiative jedoch kaum eine Drosselung herbeiführen.

Vielmehr würde die Immigration auf dem heutigen Durchschnittswert stagnieren oder gar weiter zunehmen. Nur eine verfassungsmässige Festschreibung des Bevölkerungswachstums von 0,2% respektive 16'000 Personen pro Jahr schränkt die langfristige Verbetonierung der Landreserven entscheidend ein, zumal täglich die Fläche von 15 Fussballfeldern verbaut wird. Dabei stossen auch die Kapazitätsmöglichkeiten der Verkehrsinfrastruktur an ihre Grenzen, was chronisch überfüllte Züge und Busse sowie verstopfte Strassen deutlich aufzeigen. Zudem verschlechtern mehr Abgas- und Lärmimmissionen die allgemeine Lebensqualität. Lohndruck und steigende Mieten sind ebenfalls spürbare Folgen dieser rasant steigenden Einwohnerzahl. Daher stehen die Schweizer Demokraten (SD) jeglicher Form von quantitativem Wirtschaftswachstum kritisch gegenüber und empfehlen für die Ecopop-Initiative «zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» einstimmig die Ja-Parole.

Mit der Parolenfassung startet die Gesamtpartei nun die eigene Kampagne, welche mit Spendengeldern finanziert wird.

SD-Zentralvorstand



«Take aways» produzieren mehr Abfall und werden zudem noch steuerlich begünstigt. Schluss damit!

www.schweizerdemokraten.ch

Nein zur Fusion zwischen Basel-Landschaft und Basel-Stadt!

SD-Marktplatz

Suchen Sie etwas? (ein Handörge-
li oder eine/n Freund/in). **Möchten
Sie etwas verkaufen, vermieten,
verschenken, tauschen usw?**

Rufen Sie uns an und teilen Sie
uns Ihr Anliegen mit. Oder schrei-
ben Sie uns per Briefpost/Post-
karte; noch besser per E-Mail. Der
zu veröffentlichende Text soll **kurz**

und aussagekräftig sein!

Folgende Preise sind für solche
Kleininserate vorgesehen: Bis 7
Zeilen kostet es 25 Franken, 8 bis
15 Zeilen (oberste Grenze) kosten
50 Franken.

Normalerweise wird im Kleininse-
rat für die Kontaktaufnahme die
Telefonnummer des/der Auftrags-

gebers/in abgedruckt. Aber andere
Kontaktmöglichkeiten sind auch
möglich (z.B. Postadresse, E-Mail).
Bei ganz persönlichen Dingen ist
ein **Chiffre-Inserat** von Vorteil.
Wir leiten dann die eingegangenen
Briefe an Sie weiter. Bitte Ihre
Postanschrift nicht vergessen. Vol-
le Diskretion zugesichert!

Kontaktadresse: SD-Marktplatz,
Postfach 8116, 3001 Bern

Tel. 031 974 20 10, Fax 031 974 20 11
E-Mail: info@sd-marktplatz.ch

Inserateaufgabe auch direkt mög-
lich auf
www.sd-marktplatz.ch

Wer sucht, der findet!

DIENSTLEISTUNGEN

Steuererklärung 2013. Steuerex-
perte (über 30 Jahre Berufserfah-
rung) füllt Ihre Steuererklärung
bei Ihnen zu Hause (Bern und Um-
gebung) aus und gibt Ihnen ent-
scheidende Steuertipps.

Stundensatz Fr. 80.–.

Telefon 031 941 06 73

E-Mail: j.p.schwab@bluewin.ch

**Wir suchen für unsere solventen
Kunden:**

- Einfamilienhäuser
- Eigentumswohnungen
- Bauland

Telefon 079 454 60 60

E-Mail: gautschi@swissonline.ch

ZU VERKAUFEN

**Bio-Knospen Olivenöl und
Schweizer Essig** von Waldkirch
SG, Region Ostschweiz,
Telefon 071 244 72 76 oder
thomas-fischer@bluewin.ch

Chevrolet Camaro Targa Automat,
Ledererausstattung, Klima, Aluräder,
Unfallfrei, top Zustand, neu ab Ser-

vice und MFK, WIR Anteil möglich,
Fr. 10'800.–, Stadt Bern.

Telefon 079 304 74 51

Welcher Sammler sucht **Super-8-
Filmgeräte, Kameras, Projektoren,
Betrachter, Schneidegeräte, Klebe-
pressen, Stative, Schwenkköpfe
«Miller», Leerspulen** verschiedene
Grössen. Region Luzern.

Telefon 041 280 52 17

ZU VERMIETEN

**Mietwagen, Kleinwagen, Limousi-
ne/Kombi, Van, Roller/Motos**

Ab Fr. 50.– pro Tag, die Fahrzeuge
können pro Tag, Woche oder Monat
gemietet werden, Langzeit-Miete
möglich, Mercedes A-Klasse, alles
dabei, Fr. 700.– pro Monat inkl.

Steuer und Versicherungen; für die
ganze Schweiz. Region Biel.

Telefon 079 408 69 39

SD 
Schweizer Demokraten

STELLENSUCHE

Ich will arbeiten! Welcher Schweizer
Unternehmer ist noch interessiert
an einer qualifizierten, tüchtigen
Fachkraft? Ich bringe 10 Jahre **Er-
fahrung als Teamleiterin Backoffice
und Stv. des GF** mit. Ich habe eine
schnelle Auffassungsgabe, bin viel-
seitig interessiert und möchte da
arbeiten, wo CH-Fachkräfte noch ge-
fragt sind. Gerne wieder im Bürobereich
(Assistenz/Sachbearbeitung/
Teamleitung). Bin auch offen für
neue Aufgaben. Bevorzugt in folgen-
den Kantonen: AG/BL/BE/SO/ZH.
Bin mobil.

Telefon 079 640 44 88

E-Mail: puma20@gmx.ch

GESUCHT

«Das Beste» von Reader's Digest,
alte Ausgaben vom Oktober, No-
vember und Dezember 1983, gegen
Bezahlung. Kanton Fribourg
(deutschsprachige Region).

**Bernhard Gauch, Waldweg 5,
1734 Tentlingen**

Gesucht – günstig oder gratis:
Fotos, Postkarten, Prospekte, mit
Abbildungen von Menschen, Objek-
ten, Gebäuden, Landschaften usw.
für den Abdruck im «Schweizer
Demokrat» (Bebilderung von Arti-

keln). Kontaktadresse:
**SD-Sekretariat in Bern. Telefon
031 974 20 10, Fax 031 974 20 11
schweizer-demokraten@
bluewin.ch**

Gesucht Heimarbeit: Div. Arbeiten
sind möglich, z.B. montieren,
verdrahten, löten, drehen, fräsen,
Schildergravuren, kleinere Holzar-
beiten, andere Arbeiten auf Anfrage.
Ganze Schweiz.

Telefon 044 780 39 37

Kaufe von privat **altes Spielzeug** vor
1970: Eisenbahnen, Blechautos,
Flieger, Schiffe, Elastolinsoldaten,
Dinky Toys, Teddybären usw.

Auch alte Ansichtskarten vor 1950,
alte Pfadiabzeichen, Aufnäher usw.,
Region Zürich.

Telefon 079 643 55 64

Hier könnte Ihr Inserat stehen.
info@sd-marktplatz.ch

BEKANNTSCHAFTEN

Gemütlicher Berner, 185/85, 50 +,
sucht liebe Frau, die sich auch für
Politik interessiert, auch Kochen,
Reisen, Schwimmen und Liebe sind
meine Hobbies. Danke zum Voraus
für einen Anruf.

Telefon 079 333 68 68.

Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen



**SD Schweiz:
ordentliche
Mitgliederversammlung
(Herbst-Versammlung)**

Samstag 25. Oktober 2014,
10.15 bis 15.00 Uhr,
Restaurant «Dietiker»,
Alte Gasse 1, 5034 Suhr.



SD Stadt Bern: Höck: (Bei
Vorstandssitzungen sind Gä-
ste stets eingeladen!) im Re-
staurant «Jäger», Murten-
strasse 221, Bern-Bethlehem. Post-
auto Nr. 101, Haltestelle Untermatt-
weg (von dort ca. 1 Minute zu Fuss).
Oder Tram Nr. 8 Richtung Brün-
nen-Westside, Haltestelle Säge (von dort
etwa 5 Minuten zu Fuss). Jeden letz-
ten Dienstag im Monat ab 20 Uhr.
Weitere Infos über Tel. 031 974 20 10.

Berner Oberland: Höck im Hotel
«Milan» in Ringgenberg. Jeden
1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr.
Weitere Infos über Tel. 033 822 68 62.



**Luzern-Innerschweiz:
Höck** im Bistro «Spatz»,
Obergrundstrasse 103, Lu-
zern. Jeweils am letzten Don-
nerstag im Monat ab 20 Uhr (ausser
im August und Dezember). Es ist im-
mer jemand da!
Bus-Nr. 1, 11, 20 ab Luzern Bahnhof
bis Haltestelle Eichhof. Weitere Infos
über Telefon 076 416 17 00.



**Kantonalsektion St. Gallen:
Stamm** am Donnerstag, 30.
Oktober 2014, ab 19.30 Uhr
im Restaurant «Dufour» am
östlichen Ende des St. Galler Haupt-
bahnhofs. Weitere Infos über Telefon
079 639 06 07, abends.

Weitere Anlässe bitte melden an:
info@sd-marktplatz.ch



**Bezirk Baden und Umgebung:
Stamm** im Hotel «Winkel-
ried», Landstr. 36, Wettingen.
Jeden 1. Dienstag im Monat ab
20 Uhr. Weitere Infos über Telefon 056
222 68 72.

Aufgepasst! Der «Schweizer Demokrat» gehört nach dem Lesen nicht
ins Altpapier. Bitte die Zeitung an Freunde und Bekannte weitergeben
oder an einem belebten Ort (Restaurant, Wartsaal...) mit dem Zeitungs-
namen nach oben liegen lassen... für den nächsten interessierten Leser!



Kanton Baselland



Zu grosses Stadt-Land-Gefälle!

Basel-Stadt hat die zweitteuerste Staatsverwaltung der Schweiz. Baselland kommt da wesentlich günstiger davon. Es ist mir ein Rätsel, weshalb dies einige in der Fusionsdebatte nicht zur Kenntnis nehmen wollen. **Pro Einwohner und Jahr gibt Basel-Stadt (mit 180'000 Einwohnern) rund 14'000 Franken aus, Baselland (mit 280'000 Einwohnern) nur rund 8000 Franken – Gemeindeausgaben inklusive.**

Der Vergleich zeigt, dass die einwohnermässig kleinere Stadt wesentlich mehr Staatsangestellte als das Land hat. Zudem sitzt der Kanton Basel-Stadt auf einem höheren Schuldenberg als Baselland.

Und Baselland hat unlängst ein sehr gutes kantonales Finanzrating erhalten. Es ist also nicht so, wie es die Fusionisten immer wieder miesmachend darstellen, dass es in Baselland zappenduster aussieht. Baselland ist im Übrigen im eidgenössischen Finanzausgleich ein Kanton, der zu den Zahlern gehört – nicht zu den Almosenempfängern! Weiter darf angenommen werden, dass die Krankenkassenprämien in einem fusionierten Kanton – wohl zum Nachteil des Baselbietes und der eher wohlhabenden stadtnahen Gemeinden **ebenfalls durchschnittlich nach oben ausni-**

velliert werden müssten – und damit tendenziell erhöht würden.

Basel-Stadt hat rund 25% höhere Krankenkassenprämien als das Land!

Fusion führt zu Steuererhöhung

Basel-Stadt hat eine Sozialhilfequote von über 7% der gesamten Bevölkerung – Baselland eine von nur 2,5%. Dies muss von Steuergeldern teuer finanziert werden. SP-Landrat Ruedi Brassel hat dazu erklärt, wohin die Reise gehen soll, falls es eine Fusion gibt und zwar hin zu grosszügigerer Sozialhilfe. Und in einem Verfassungsrat hätten die Kreise, welche so etwas anstreben, wohl eine Mehrheit!

Falls wir im Baselbiet den Weg in Richtung Fusion gehen würden, gäbe es eine allgemeine steuerliche Nivellierung nach oben.

Das würde bedeuten, **dass viele zusätzliche finanzielle Aufwendungen neu durch die eher grenznahen Baselbieter Gemeinden mitgetragen werden müssten.** Oder glaubt jemand, dass der überdimensionierte Staatsangestelltenapparat in Basel-Stadt mit der Fusion verkleinert wird – wohl kaum, da würden in Basel zu viele Gegensteuer geben.

Keine Einsparungen bei politischen Gremien

Dann ist da noch die Sache mit dem Parlament. Es würde bei zwei Parlamenten bleiben – auch mit einer Fusion. Klar ist, dass es nicht möglich ist, einfach auf ein Parlament zu verzichten. Basel-Stadt bräuchte ein Stadtparlament und eine Stadtregierung (wie jede andere grosse Stadt auch) und der neue Gesamtkanton bräuchte ein Parlament mit einer Kantonsregierung. Dabei sollte man zur Kenntnis nehmen, **dass in unserem Land Parlamentarier und Regierende von Stadtparlamenten ähnlich hoch wie kantonale Politiker entlohnt werden.** Die schauen schon auf ihre Einkommenspründe! **Zudem sind Stadtparlamente nicht kleiner als Kantonsparlamente. Einsparungen kann man deshalb in diesem Bereich schlichtweg vergessen.** Ich möchte diejenigen Politikerinnen und

Politiker sehen, die bereit sind, auf ihren Posten zu verzichten. An solche Fantasien sollte man wohl besser nicht glauben!

Weniger Demokratie

Eine Fusion bringt uns riesige jahrelange personelle, finanzielle und administrative Aufwendungen und viele harte politische Auseinandersetzungen um Tausende neu zu regelnder Details. **Schliesslich bringt uns eine Fusion auch weniger Demokratie.**

Je grösser ein Gebilde ist, umso weiter sind die Regierenden vom Volk, seinen Wünschen und Forderungen, entfernt.

Grösser ist nicht automatisch besser und näher bei den Leuten. Deshalb empfiehlt es sich, **beherzt Nein zur Fusion zu stimmen.**

Rudolf Keller, e. Nationalrat, Frenkendorf

Nein zum Tram Region Bern

Die Schweizer Demokraten (SD) der Stadt Bern empfehlen den Ausführungskredit für das Tram Region Bern zur Ablehnung. Bei diesem Projekt handelt es sich um ein Vorhaben, welches überrissen und nicht im Geringsten nachhaltig ist. **Mit der angeblichen Kapazitätserhöhung will man an den Rändern der Agglomeration langfristig neue Wohn- und Gewerbezone erschliessen, was den Verlust von wertvollem Kulturland zur Folge hat.** Zudem müssen aufwändige

bauliche Massnahmen vorgenommen werden, sodass die Gesamtkosten wohl ein Mehrfaches der geschätzten 500 Millionen Franken (städtischer Anteil 54,6 Mio. Franken) betragen. Anstatt einer weiteren reinen wachstumsorientierten Vergoldung des Berner ÖV-Netzes bevorzugen die SD eine Behebung vorhandener Engpässe mithilfe von grösseren oder zusätzlichen Bussen.

Adrian Pulver, Präsident SD Stadt Bern, Bern

Brauchen wir fremde Richter?!

Statt im Bewältigen der Finanzkrise sucht die EU ihre Erfolgserlebnisse mit Polemik gegen unser Land. Weil es uns viel besser als den Ländern in ihrem Herrschaftsbereich geht, sind wir der EU ein Dorn im Auge. **Zudem hat die EU mittels Drohungen und Arroganz einen Verhandlungserfolg nach dem anderen erzielt und die helvetischen «Spitzendiplomaten» alt aussehen lassen.** Ferner kann sie davon profitieren, dass eine Mehrheit im Bundesrat – trotz gegenteiligen Beteuerungen – einen EU-Beitritt befürwortet. Als Hochsteuer-Konglomerat will sie die Schweiz in ihre nicht eben erfolgreiche Politik einbinden.

EU-Recht übernehmen

Nun hat uns Brüssel einen neuen, einem Souveränitätsverlust gleich-

kommenden Forderungskatalog vorgelegt. So sollen wir unter anderem EU-Recht übernehmen und Urteile des Europäischen Gerichtshofs als verbindlich anerkennen.

Wie Urteile von europäischen Instanzen gegen uns aussehen, hat uns die Vergangenheit gezeigt. Wir waren immer Verlierer.

Beispielsweise im Fall eines ecuadorianischen Asylbewerbers, den man viermal wegen Straftaten zu Haft verurteilte. Dreimal wurde er ausgeschafft, dreimal kehrte er zurück. Er machte mit gefälschten Dokumenten geltend, dass er in Ecuador gefoltert und politisch verfolgt wurde. **Eine erneute Ausschaffung verhinderte er (auf wessen Kosten wohl?) mit einer Klage**



Mit dem geplanten EU-Rahmenvertrag würde zukünftig der Europäische Gerichtshof in Luxemburg (Bild) und nicht mehr das Volk über die Schweiz entscheiden.

am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Unter Mitwirkung von Richtern namens Karakas, Vucinic und Kuris hat das Gericht entschieden: Er darf bleiben und erhält sogar 4500 Euro Entschädigung! **Seither lebt er in Genf als Asylant von der Sozialhil-**

fe. Wie es den Opfern seiner Straftaten geht und wie es um das Rückfallrisiko steht, verschwieg das Gericht.

Kompromisse zugunsten der EU

Es fällt nicht schwer, die Reaktion des Bundesrates auf die neuen EU-Forderungen vorzusagen. Er wird sie pro forma ablehnen, **jedoch einen Teil davon im Rahmen eines als «Verhandlungserfolg» gefeierten Kompromisses akzeptieren.** Später kommen gleiche, aber anders formulierte Forderungen und das Resultat ist erneut ein Kompromiss. **Das geht so lange, bis sich Brüssel, in Etappen, restlos durchgesetzt hat.** Somit rückt der von der Bevölkerung mehrheitlich nicht gewollte EU-Beitritt wieder etwas näher.

Otto Weiersmüller, Utikon



Discours du 1er août 2014

Chers Confédérés,
Chers Membres et Sympathisants
de notre mouvement politique les
Démocrates Suisses,
Mesdames, Messieurs

La question qui nous préoccupe le plus depuis des décennies est notre relation avec l'Union européenne, c'est notre souveraineté qui est en jeu. Comment se porte cette Union qui selon Jacques Delors, alors président de la Commission européenne, devait apporter à tous ses membres prospérité? Tous les membres de l'EU sont gagnants. Lors du jubilé de notre Parti, j'ai évoqué le cas dramatique de la Grèce. Je ne vais pas m'étendre sur ce sujet, **je remarque que maintenant il y a des cas de sous-alimentation chez les enfants et manque de soins médicaux.** La Chine investit massivement dans ce pays, la Grèce est sur la voie de devenir une colonie économique chinoise.

Notre presse dans sa très grande majorité favorable à l'EU, voire la votation sur l'Espace Economique Européen en 1992, évite de se pencher sur la situation des pays de l'est devenus membres de l'UE. La Pologne que certains citent comme exemple, n'est pas une réussite. Son développement économique est un alignement servile sur les



pays de l'ouest, irruption de la société de consommation avec matraquage publicitaire, il y a des marchandises dans les magasins, **mais le pouvoir d'achat pour le grand nombre n'est pas au rendez-vous. Il n'y a pas de salaire minimum, un salaire horaire de deux Euros est courant.** Si la Pologne limite les dégâts, ce n'est pas le cas de la Bulgarie. Ce pays périclite. La démographie est en chute libre, le pays se dépeuple, la corruption est omniprésente. Pour le citoyen lambda, en allemand «für den kleinen Mann» la situation est pire que sous le système socialiste, le régime faisait un effort pour les soins sanitaires et l'éducation. Si la Grèce est un échec pour l'EU, la

Bulgarie est une honte pour Bruxelles. L'économie de marché tenue comme bien supérieure à celle de l'économie planifiée n'a pas apporté ses bienfaits. Si l'on fait un tour d'horizon des pays de l'EU, on se pose la question de savoir quel est le but de Bruxelles. La réponse vous l'avez sous le titre V du Traité Constitutionnel Européen, traité refusé par le peuple français, mais l'esprit reste. L'action de l'Union vise à promouvoir dans le reste du monde: la démocratie, l'Etat de droit, l'universalité et l'indivisibilité des droits de l'homme. **Une telle politique est contraire à notre neutralité, la Suisse ne se mêle pas des affaires intérieures des autres pays.** Au nom de l'idéologie des droits de l'homme, on ne peut pas renvoyer les demandeurs d'asile, on ne peut pas restreindre l'immigration, etc. Malheureusement l'article 54 de notre constitution fait mention dans le cadre des relations avec les pays tiers du respect des droits de l'homme. **Sous la lettre h du titre V, l'UE mène une politique pour promouvoir une gouvernance mondiale.** C'est la vision du monde annoncée par le père de George W. Bush «one world». Ce thème a été commenté par notre Président Ruedi Keller lors de la fête nationale à Bâle. Ce n'est pas

l'Europe comme entité indépendante qui est visée, mais l'Europe comme partie du nouvel ordre mondial, où les nations deviennent des entités et administratives. Nous rejetons cette utopie de la gouvernance mondiale. Il n'y a pas que l'Union européenne, un monde multipolaire émerge, cherchons à en tirer profit par des accords commerciaux et autres dans le respect de notre neutralité.

La majorité des suisses vu le mauvais bilan de l'Europe ne veut pas d'adhésion.

Même chez les pays membres de l'UE le scepticisme augmente au sujet de la dite construction européenne. Il n'y a pas de raisons impératives à s'intégrer à l'UE. Sur le fond, les milieux les plus favorables à l'intégration, Socialistes et Démocrates Chrétiens, le sont pour des raisons idéologiques. Ce combat contre l'intégration à l'UE nous pouvons le gagner. Nous faisons partie du mouvement contre l'adhésion à l'EU.

*NON à l'Union européenne,
VIVE la Suisse!*

*Michel Dupont, 1er vice-président
des DS Suisse, Pully*

De Jenny à Olga

Deux destinées tragiques qui ne m'étaient pas seulement indifférentes, mais tout simplement inconnues.

Voilà bientôt quinze ans quand, pour la première fois, je me suis intéressé à celle de la famille Romanov et, qu'à cet effet, je contactai le prince Nicolas Romanov à Rougemont. Ce que j'appris alors ne fut pas sans intérêt, bien entendu.

Olga (1895–1918), l'aînée des filles du Tsar, pommettes saillantes, typiquement russe, la plus douce des quatre filles de Nicolas II, à la terrible destinée que nous connaissons. Avant elle, Jenny (Jennychen) fille aînée, elle aussi, de Karl Marx «La fille du diable» (1844–1883), affectueuse elle aussi, épouse du communard français Charles Longuet (1839–1903) avec lequel elle aura six enfants. Décédée à 39 ans («notre petite Jenny est morte!», Karl

Marx) d'un cancer de la vessie en janvier 1883, deux mois avant son père, méconnaissable à 64 ans, si éloigné du portrait hiératique que l'iconographie officielle a conservé et impose encore aujourd'hui.

Deux femmes, deux destinées. L'une aurait pu être la grand-mère de l'autre. Deux belles jeunes filles disparues très tôt. La première est la fille de celui qui élaborera la théorie économique et politique à laquelle les futurs bolchéviques s'identifieront plus tard et se distingueront par le massacre de la famille impériale le 17 juillet 1918, sans omettre les 100 millions de morts que ce régime criminel a produit! (...)

Deux femmes qui ne pouvaient pas se connaître et qui, nonobstant l'éducation très différente qui leur a été prodiguée par leur milieu respectif seraient probablement de-

venues amies. Intelligentes et affectueuses, elles ont vécu les moments terribles que l'histoire de cette époque tourmentée leur a imposé, c'est la raison pour laquelle, si dissemblables soient-elles, (bien que pas tant que ça...), maintenant que la folie des hommes est passée, leur douce image nostalgique, qu'une pensée accompagne, précède l'instant où ces quelques lignes se terminent.

*Pierre-Maurice Vernay, président
des DS Vaud, Remaufens*

Consignes de vote pour les votations fédérales du 28 sept. 2014

- Oui à l'initiative populaire «Stop à la TVA discriminatoire pour la restauration!»
- Liberté de vote pour l'initiative populaire «Pour une caisse publique d'assurance-maladie»

Consignes de vote pour les votations fédérales du 30 nov. 2014

- Oui à l'initiative populaire «Halte à la surpopulation – Oui à la préservation durable des ressources naturelles»

Assemblée des membres des Démocrates suisses (DS)

Les DS organisent pour la première fois une assemblée de leurs membres à l'échelle nationale. Tous les membres du Parti pourront voter lors de cette assemblée, qui se tiendra le samedi 25 octobre 2014 à 10h15 au restaurant Dietiker, à Suhr (AG).

Venez nombreux !

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
www.schweizer-demokraten.ch
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:
Adrian Pulver,
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)
Rudolf Keller, e. Nationalrat/
e. Landrat, Frenkendorf
Dr. D. J. Najman, e. Grossrat, Baden
Valentin J. Oehen, e. Nationalrat,
Köniz



**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.-
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der
Schweizer Demokraten (SD)
werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung
- Ex. SD-Zeitungen zum
Verteilen

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

«Die Schweizer sollen arbeiten wie Ochsen»

Jetzt wissen wir es also ganz öffentlich, was die Asylschmarotzer von uns denken. Es erschien ein Bericht vom Bundesgericht unter dem Titel «Terror-Prozess: 4 Jahre und 9 Monate gefordert». In Bellinzona stand ein irakisch-kurdisches Brüderpaar vor Bundesgericht wegen Beteiligung an einer kriminellen Organisation. Die Anklägerin erklärte, «die beiden Beschuldigten hätten gelogen und das auf sie gesetzte Vertrauen in der Schweiz schamlos ausgenutzt». Wenn man den Artikel liest, kann ich nur sagen, dass das masslos untertrieben ist.

Jeder Ganove weltweit wäre saublöd, wenn er die kaum zu übertreffende Dummheit unserer Regierung und unserer Gerichte nicht ausnützen würde, um sich auf Kosten der Schweiz zu bereichern.

Das Schlimmste am Ganzen ist, dass «die Schweiz» wir dummen Steuerzahler sind und nicht der Bundesrat und die Parlamentarier, die unser Riesen-Schlamassel im Asylwesen seit Jahrzehnten nicht im Geringsten in den Griff bekommen. Vielmehr lassen sich diese von jedem daher gelaufenen Asyl-

schmarotzer immer und immer wieder schamlos übers Ohr hauen.

Einige Ausschnitte aus dem Artikel

Unter Vorspiegelung falscher Tatsachen und der Fälschung von Dokumenten hatten sie sich den Flüchtlings- und Asylstatus erschlichen. Der 35-jährige Hauptbeschuldigte sei nach seiner Anerkennung als Flüchtling zwei Mal in den Irak gereist, obwohl er angeblich verfolgt war. Nun, das ist ja in der Schweiz bei der Einfältigkeit der oben genannten Instanzen ja nichts Besonderes, sondern eher als «normal» anzusehen (der Redaktor). Seit 2004 lebt dieser vollumfänglich von der Sozialhilfe Basel-Stadt, genauso wie die beiden Kinder und die Ehefrau.

Unsere «Justiz» braucht also zehn Jahre für einen so simplen Prozess (der Redaktor). Der Kurde soll gesagt haben (wörtlich): «Die Schweizer sollen arbeiten wie die Ochsen. Mit einer Familie lebe es sich besser von der Sozialhilfe, als zu arbeiten.» (Zitatende)

Das «soll» steht wahrscheinlich nur deshalb, weil man vor einem rechtskräftigen Urteil ja nur die Möglichkeitsform verwenden darf (der Redaktor). Für den Hauptbeschuldigten forderte die Staatsan-

wältin vier Jahre und neun Monate Gefängnis und zusätzlich eine Geldstrafe von 30 Tagen zu 20 Franken. Lächerlich bei der Höhe des Sozialbetrugs von wohl vielen zehntausend Franken (der Redaktor). Für seinen 25-jährigen Bruder wurde eine Freiheitsstrafe von drei Jahren, davon 24 Monate unbedingt, beantragt. Beide sollen gemäss Bundesanwaltschaft ausgeschafft werden, weil sie eine Gefahr für die Schweiz darstellten.

Forderungen der Verteidigung

Nicht nur wurden Freisprüche beantragt. Der Anwalt des Hauptbeschuldigten, Thomas Wenger, forderte sogar 480'000 Franken (also beinahe eine halbe Million!!!) Entschädigung für seinen Mandanten. Das Urteil war noch nicht bekannt.

*Dragan Najman,
e. Grossrat, Baden*

Die Schweizer Demokraten (SD) nehmen jede Spende, ob gross oder klein, gerne an. Den beiliegenden Einzahlungsschein finden Sie zwischen Seite 4 und 5. Vielen Dank für Ihre wertvolle Unterstützung.

Das Testament – Die letztwillige Verfügung

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Wie andere Vereine und Parteien auch, sind wir auf grössere Zuwendungen lebensnotwendig angewiesen. Spenden helfen uns weiter! Aber leider reichen diese nicht aus, um unseren Finanzbedarf zu decken. Wir gehen sehr sparsam und sorgfältig mit dem gespendeten Geld um. Ausser drei Personen (dem vollamtlich angestellten Zentralsekretär und zwei Leuten, welche nebenberuflich wichtige Arbeiten für uns erledigen) bezieht niemand bei uns Geld. Auch beispielsweise der Zentralpräsident und die Kantonalpräsidenten arbeiten bei uns ehrenamtlich. Nur so können wir unseren politischen Kampf überhaupt weiterführen.

Uns helfen auch Beträge, welche aus testamentarischen Verfügungen kommen. Überlegen Sie sich deshalb, ob Sie uns auf diesem Wege unterstützen können! Sie helfen so uns als Partei – aber vor allem tun Sie damit etwas für Volk und Heimat!

Sie leisten also Hilfe für einen guten Zweck, eine gute Sache.

Deshalb: Haben Sie also auch schon daran gedacht, die **SCHWEIZER DEMOKRATEN** in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung?

Unser Zentralsekretariat berät Sie gerne kostenlos:

Schweizer Demokraten SD, Postfach 8116, 3001 Bern

Telefon 031 974 20 10, Telefax 031 974 20 11, schweizer-demokraten@bluewin.ch

Sie können sich aber auch an den Zentralpräsidenten wenden: Rudolf Keller, Adlerfeldstrasse 29, 4402 Frenkendorf, rudolf.keller@bluewin.ch

Ein institutionelles Abkommen mit der EU unterstellt die Schweiz fremden Richtern und führt zu einem Vollbeitritt. Nein zum bilateralen EU-Rahmenvertrag!